

Zehn-Punkte-Plan zur beruflichen Ausbildung

FAS Bildungspolitik, LV Berlin der Alternative für Deutschland

1. Berlin braucht ein Gesamtkonzept zur beruflichen Bildung

Auch berufliche Bildung in Berlin braucht ein stimmiges Konzept, das praktisch orientierte Einrichtungen genauso wertschätzt wie akademische und beide aufeinander abstimmt.

Berlin braucht eine ganzheitliche Bildungspolitik, die all die spezifischen Profile von Universitäten, Fachhochschulen, Berufsschulen und anderen Einrichtungen der beruflichen Ausbildung gleichermaßen wertschätzt und miteinander verknüpft und ausbaut. Man muß unterschiedlich befähigten Menschen auf sie abgestimmte berufliche Bildungsangebote machen, anstatt in einem „Akademisierungswahn“ einseitig „höhere“ akademische Bildung zu fördern. Die hier oft angeführte OECD-Kritik an einer angeblich zu niedrigen Studierquote in Deutschland ist aber weder politisch zwingend noch sachlich richtig: Viele Länder verfügen über kein so etabliertes System der praktischen Berufsausbildung wie wir und müssen diese daher zum Teil an die Universitäten verlagern (z.B. für Facharbeiter oder Krankenpflege).

2. Ausdifferenzierung des akademischen Sektors

Praktischer orientierte akademische Angebote (wie Fachhochschulen oder Berufsakademien) müssen weiter ausgebaut werden und die Mehrheit der Studienbewerber aufnehmen.

Akademische Theoriebildung und ihre praktische Umsetzung sind keine Gegensätze, sondern brauchen sich gegenseitig. Diese Einsicht muß sich auch in einer entsprechenden Ausdifferenzierung des akademischen Sektors widerspiegeln. Hier gilt es besonders, stärker praktisch orientierte Alternativen zu den herkömmlichen Universitäten auszubauen, insbesondere Fachhochschulen und Berufsakademien. Die Profile dieser Alternativen sind im Interesse ihrer Studenten weiter zu schärfen, anstatt sie alle am vermeintlichen Leitstern der Universität auszurichten. Die Durchlässigkeit auch des akademischen Sektors für geeignete Interessenten muß sichergestellt werden. Das Promotionsrecht muß den Universitäten vorbehalten bleiben, da nur sie das für eine anspruchsvolle Promotionsleistung notwendige Umfeld zur Verfügung stellen können.

3. Klare Perspektive für die Berliner Universitäten

Die Berliner Universitäten können nur dann Spitzenforschung und –lehre betreiben, wenn sie nicht gleichzeitig den Bildungsbedarf breiter Bevölkerungsschichten decken müssen.

Die Berliner Universitäten sollten sich wieder ihren Kernaufgaben widmen können: Ausbildung einer stark theoretisch orientierten Bevölkerungsgruppe und Spitzenforschung. Dies ist unvereinbar mit der Forderung, den Bildungsbedarf breiter Bevölkerungsschichten zu decken. Ein Lavieren zwischen diesen Zielen verspielt die Chancen Berlins, seine Rolle als international wichtiger Standort von Spitzenforschung langfristig zu festigen und auszubauen. Die Senatspolitik, den Berliner Universitäten alljährlich immer noch mehr Studenten aufzuzwingen (allein 6.000 in den letzten Jahren), muß daher aufhören, ebenso das Prinzip, Zuweisungen an Universitäten von Studentenzahlen abhängig zu machen. Stattdessen müssen die Berliner Universitäten ihre Studenten selbst auswählen können.

4. Freiheit für die Berliner Universitäten

Nur freie Forschung und Wissenschaft schaffen wissenschaftlichen Fortschritt. Universitäre Forschung darf nicht fachfremden Zwängen oder Ideologien unterworfen werden.

Die Freiheit der Wissenschaft ist vor ideologischen Zwängen zu schützen, z.B. vor einer durch „Gender Mainstreaming“ erzwungenen Aufnahme feministischer Inhalte oder vor „Zivilklauseln“ gegen potentiell militärisch relevante Forschung. Bereiche wie Migrationsforschung und Geschlechterstudien dürfen nicht pauschal abgewertet werden, müssen sich aber an allgemein gültigen wissenschaftlichen Maßstäben messen lassen. Die Wissenschaft braucht auch Schutz vor lähmenden politischen Zwängen, z.B. der schon einmal gescheiterten Drittel- oder Viertelparität in Universitätsgremien, dem „studentischen Personalrat“ oder einem Übermaß an „Beauftragten“ mit übergroßer Machtfülle. Gleichberechtigung ist auch in der Wissenschaft unabdingbar, Gleichstellungsmaßnahmen dürfen aber nicht bestimmte Personengruppen auf Kosten anderer bevorzugen.

5. Verbesserung der Lehre an den Berliner Universitäten

Die Lehre an den Berliner Universitäten muß verbessert werden, wir brauchen geeignete Lehrkräfte und Studenten und eine Vielzahl qualitativ hochwertiger Studiengänge.

Für eine hochwertige Lehre brauchen die Berliner Universitäten vernünftige Zugangsbeschränkungen, die das Leistungspotential der Bewerber unabhängig von ihrem Hintergrund messen, ebenso wie eine adäquate personelle Ausstattung (statt einer Vielzahl prekärer Arbeitsverhältnisse). Dozenten sind in angemessene Qualitätssicherungsprozesse einzubinden, z.B. Evaluationen. Zur Verbesserung der Lehre müssen Berliner Universitäten die völlig gescheiterte Studienreform mit Bachelor und Master für bewährte Studiengänge (v.a. mit Diplomabschluß oder Staatsexamen) wieder aufgeben können. Studiengänge können durch die Universitäten oder die Senatsverwaltung wesentlich effektiver akkreditiert werden als durch externe Agenturen. Die sog. „kleinen“ Fächer sind trotz geringer Studentenzahlen für ein hochwertiges Studienangebot wesentlich .

6. Weiterentwicklung des dualen Systems der beruflichen Ausbildung

Der Fachkräftemangel auf der Ebene hochqualifizierter Facharbeiter zeigt, daß wir das bewährte duale System der beruflichen Ausbildung erweitern und modernisieren müssen.

Wir müssen einen Schwerpunkt auf das heutzutage viel zu sehr vernachlässigte duale System der beruflichen Aus- und Weiterbildung legen. International werden wir für dieses System bewundert und sind gerade dabei, es zu zerstören. In diesem Bereich liegen die größten Chancen für berufliche Karrieren, da der Bedarf an geeigneten Auszubildenden und gelernten Fachkräften gerade in Berlin sehr hoch ist. Durch eine Modernisierung dieses Systems und seine Verflechtung mit Möglichkeiten zur akademischen Aus- und Weiterbildung, vor allem an Berufsakademien und Fachhochschulen, können wir seine Attraktivität weiter ausbauen und an die Erfordernisse der technologisierten modernen Gesellschaft anpassen. Die Berufsfachschulen müssen gestärkt werden; wirklichkeitsfremde Lerninhalte in Schule und Ausbildung müssen modernisiert werden.

7. Perspektiven für Menschen mit schlechten Chancen auf dem Arbeitsmarkt

Eine wachsende Gruppe von Menschen hat keine Chance auf dem Arbeitsmarkt, weil ihnen die nötigen Fähigkeiten fehlen. Für sie müssen neue Anlernberufe geschaffen werden.

Ein großes Problem auf dem Berliner Arbeitsmarkt ist die fehlende Perspektive für Menschen ohne derzeit auf dem Arbeitsmarkt nachgefragte Fähigkeiten. Diese Gruppe wächst durch die ständig steigende Technisierung und Rationalisierung von Arbeitsplät-

zen stark an und gerät durch den ungebremsen Zustrom unqualifizierter, aber von der Politik stark mit Aufmerksamkeit bedachter Asylforderer weiter unter Konkurrenzdruck. Diese Gruppe braucht aus wirtschaftlichen Gründen Unterstützung, aber auch, um sich durch ihre Arbeit als Mensch selbst verwirklichen zu können. Insbesondere sollten in Berlin neue Anlernberufe für leistungsschwächere Jugendliche geschaffen und im Wirtschaftsleben positioniert werden, um ihnen eine Chance im Berufsleben zu bieten. Die Ausbildung dafür sollte betriebliche Praxis und Berufsschule miteinander verbinden.

8. Unterstützung bei der beruflichen Orientierung

Bei Einstieg oder Rückkehr auf den Arbeitsmarkt ist gezielte Unterstützung nötig, um Fehlentscheidungen mit hohen persönlichen wie wirtschaftlichen Kosten zu vermeiden.

Viel berufliches Potential liegt brach, weil Menschen nicht den richtigen Beruf ergriffen haben oder ihnen die inhaltlichen oder formalen Qualifikationen fehlen. So bricht noch jeder vierte Auszubildende seine Lehre ab. Das führt zu hohen Kosten für die Betriebe und die Volkswirtschaft, zu Mißerfolgserlebnissen und Frustrationen bei den jungen Menschen. Die institutionalisierten Hilfen für die Wahl des für einen Schulabgänger richtigen Berufes sind beschleunigt und flächendeckend einzuführen und die objektiven Rahmenbedingungen für die Ausbildung zu verbessern. Ebenso müssen Menschen nach einer längeren beruflichen Pause oder bei nicht in Deutschland erworbenen Qualifikationen wieder an den Arbeitsmarkt herangeführt werden. Das Land Berlin muß sicherstellen und überprüfen, daß diese Aufgabe durch geeignete Träger ausgeführt wird.

9. Das Handwerk unterstützen!

Das Handwerk als Hauptstütze der Wirtschaft und stark nachgefragter Dienstleister muß unterstützt und von unsinnigen und störenden Restriktionen und Zwängen befreit werden.

Die Gruppe der Handwerker ist nicht nur einer der größten Arbeitgeber und Steuerzahler in Berlin, sie bietet auch stark nachgefragte Dienstleistungen an. Handwerker müssen zunächst bei der Suche nach geeigneten Auszubildenden unterstützt werden, von denen es derzeit viel zu wenige gibt. Der Meisterbrief und die mit ihm verbundenen Qualitätsstandards sind unbedingt zu erhalten und dürfen nicht unter Hinweis auf „internationale“ Vereinbarungen aufgeweicht werden. Alle Zwangsmitgliedschaften in „Handwerkskammern“ o.ä. sind ersatzlos abzuschaffen. Ferner ist nicht einzusehen, daß universitäre Abschlüsse kostenfrei sind, während Meisterausbildungen hohe Kosten verursachen. Diese Gleichbehandlung soll durch Kostenfreiheit bei der Meisterschule erreicht werden.

10. Lebenslanges Lernen

In einer hochkomplexen und sich rasant ändernden Arbeitswelt müssen sich Arbeitnehmer auch nach dem Ende ihrer Ausbildung sinnvoll weiterqualifizieren können.

Lebenslanges Lernen ist wichtig, nicht nur, um sich beruflich weiterentwickeln zu können, sondern auch, um bereits getroffene berufliche Entscheidungen bei Bedarf wieder revidieren zu können. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Durchlässigkeit des Bildungssystems. Hierzu sollen in Berlin bessere Möglichkeiten für die (Weiter-)Qualifizierung von Berufstätigen geschaffen werden, Beruf und begleitende Ausbildung müssen miteinander vereinbar sein. Alle Berliner Institutionen, die am lebenslangen Lernen mitwirken, sind zu unterstützen, vor allem Volkshochschulen, Abendgymnasien und Einrichtungen zum berufsbegleitenden Studium. Die Angebote zur Weiterqualifizierung müssen überprüft und sinnvoll geordnet und gebündelt werden. Anstelle eines „Maßnahmen-Dschungels“ brauchen wir aufeinander abgestimmte und sinnvolle Angebote.